

STAHL IST ZUKUNFT



Wir müssen **JETZT** handeln

WENN WIR ZUSAMMENHALTEN IST ALLES MÖGLICH

LIEBE KOLLEGINNEN UND KOLLEGEN,

der **Nationale Stahlgipfel 2024** ist der **Startschuss eines Aktions-Marathons**, der durch die gesamte Stahl-Industrie führen wird. Jede Aktion zählt! Über 40 Delegationen aus der Stahl-Industrie sind nach Duisburg gekommen, um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen. Ein erster Meilenstein ist ein gemeinsamer **Nationaler Aktionsplan Stahl**. Er wurde bereits am Abend des Stahlgipfels an Wirtschaftsminister Habeck überreicht. Die IG Metall, die Länder der Stahlallianz und die Wirtschaftsvereinigung Stahl haben sich als Stahlallianz aufgrund der angespannten Lage bei den Stahlherstellern zusammengetan und **fordern gemeinsam die Politik in Berlin und Brüssel auf**, die Zukunft des Stahlstandortes Deutschland und Europas mit einem **Sofortprogramm** zu sichern. Drei Punkte sind dafür entscheidend:

1. Wettbewerbsfähige Strom- und Wasserstoffpreise:

Die Bundesregierung muss für die energieintensive Industrie wettbewerbsfähige Energiepreise sicherstellen. Kurz gesagt: Es braucht einen Industriestrompreis. Zudem muss die Bundesregierung dafür sorgen, dass Wasserstoff für die klimafreundliche Produktion in ausreichendem Maße und zu wettbewerbsfähigen Preisen vorhanden sein wird. Als Übergangslösung muss sie die Nutzung von Erdgas weiterhin ermöglichen.

2. Grüne Leitmärkte:

Bislang ist die Nachfrage nach grünem Stahl noch gering. Die Umstellung auf die notwendige klimafreundliche Stahlproduktion ist somit für die Hersteller mit einem Risiko verbunden. Hier muss die Bundesregierung in die Bresche springen und bei öffentlichen Aufträgen auf die Verwendung von CO₂-reduziertem Stahl setzen und so die Nachfrage anheizen. Dazu muss die Bundesregierung prüfen, wie sie grünen Stahl attraktiver machen kann – zum Beispiel über Quoten oder Steuer- und Prämienmodelle.

3. Handelspolitische Flankierung:

Momentan machen der deutschen und europäischen Stahlindustrie globale Überkapazitäten zu schaffen, die auf den europäischen Markt drängen. Oft stammt der Stahl aus Ländern, die die Produktion staatlich stark unterstützen. Dem muss die Europäische Kommission mit handelspolitischen Maßnahmen entgegenwirken. Die Antidumping- und Anti-subsventionsmaßnahmen der EU müssen konsequent angewandt und einer regelmäßigen Überprüfung ihrer Wirksamkeit unterzogen werden.



DAS IST BISHER PASSIERT.



DAS MUSS PASSIEREN.



Wir wollen grünen Stahl mit grünem Strom produzieren. Wir haben uns gemeinsam auf den Weg gemacht für eine grüne Zukunft. Jetzt läuft uns die Zeit davon! Die deutsche Stahlindustrie, unsere Kolleginnen und Kollegen brauchen heute Lösungen, nicht erst 2025 oder 2026. Die Beschäftigten nehmen die Herausforderung an. Von den Unternehmen erwarten wir das genauso! Sie müssen sich klar zum Industriestandort Deutschland bekennen und konsequent in die Zukunft der heimischen Standorte investieren. Die Politik muss den passenden Rahmen setzen und ein verlässliches Umfeld für die dringend nötigen Investitionen schaffen. Dazu gehört vor allem ein wettbewerbsfähiger Industriestrompreis.
Jürgen Kerner, Zweiter Vorsitzender IG Metall



Die Rahmenbedingungen sind für die deutsche Stahlindustrie derzeit überhaupt nicht akzeptabel. Diese müssen geändert werden und zwar nicht im nächsten Jahr, sondern jetzt! Die von der Politik geforderte und gewünschte Transformation muss mit entsprechenden Maßnahmen flankiert werden. Wie zum Beispiel den Industriestrompreis von 5 Cent/kWh, der im 11-Punkte-Plan der IG Metall gefordert wird! Unternehmen benötigen faire und verlässliche Rahmenbedingungen in Deutschland, damit notwendige Investitionen in die Transformation hin zum grünen Stahl weiterlaufen. Der auf dem Stahlgipfel am 16.09.2024 in Duisburg verabschiedete Nationale Aktionsplan Stahl muss in einem Sofortprogramm der Bundesregierung münden.
Volker Consoir, IG Metall Ressortleiter Zweigbüro Düsseldorf



Ich stehe an der Seite der Stahlarbeiter - in Duisburg und bundesweit. Sie haben Antworten und konkrete Perspektiven verdient. Auch ich erwarte von den Verantwortlichen bei ThyssenKrupp, dass sie ihrer Verantwortung endlich gerecht werden. Aber auch Landes- und Bundesregierung müssen zeigen, wie sie die Transformation hin zu grünem Stahl konkret bewältigen wollen. Beim Umbau von Kohle zu Wasserstoff wird über die bereits zugesagten zwei Milliarden Euro weitere staatliche Unterstützung nötig sein, etwa mit Blick auf die Energiekosten. Dafür setze ich mich ein. Denn es geht um tausende Arbeitsplätze - und die Zukunft der deutschen Stahlindustrie insgesamt.
Bärbel Bas, Präsidentin des deutschen Bundestages, SPD



Die Stahlarbeiter und Stahlarbeiterinnen bilden das industrielle Rückgrat der Bundesrepublik Deutschland. Ja, wir sind systemrelevant. Ohne Stahl würde hier alles stehenbleiben! Aber: Die komplette Industrie steht heute an einem Kipp-Punkt. Es ist fünf nach zwölf. Wir haben keine Zeit mehr zu verlieren, sonst wandern unsere Standorte samt der Arbeitsplätze in andere Länder ab. Wer Transformation will, muss die richtigen Rahmenbedingungen liefern. Alle müssen jetzt Verantwortung übernehmen! Die Politik, aber auch die Unternehmen. Alle an einen Tisch - für die Zukunft des Industriestandorts Deutschlands, für unsere Sicherheit - für unsere Zukunft! Wir wissen: Grauer Stahl hat keine Zukunft mehr und der Umbau zum grünen Stahl ist voller Herausforderungen. Aber WIR nehmen genau diese Herausforderung an!
Tekin Nasikkol, KBR- u. GBR-Vorsitzender, ThyssenKrupp Steel Europe Duisburg



Die Zeit ist überreif für Lösungen! Unsere Grundstoffindustrie ist energieintensiv und steht massiv unter Druck. Und das setzt sich auch in weiterverarbeitenden Betrieben fort. Das heißt: Der Baum brennt lichterloh in der gesamten Industrie! Wir erwarten schnelle finanzielle Unterstützung und Lösungen für die Infrastruktur. Für Deutschland und ganz Europa. Die Bilanz ist: ohne unsere Stähle keine Maschinen, keine Anlagen, keine Windkraftanlagen, keine Brücken, keine Fahrzeuge. Vor allem kein grüner Stahl. Wir sind die Schlüsselindustrie für die gesamte industrielle Wertschöpfung. Deutschland muss Industrieland bleiben! Die Politik muss jetzt handeln und die laufende Deindustrialisierung in Deutschland aufhalten. Ja, einige Hütten haben ihre Förderbescheide für die Transformation erhalten. Aber sie stehen finanziell trotzdem mit dem Rücken an der Wand. Die Energiekosten müssen runter, sonst lässt sich die grüne Transformation nicht umsetzen. Wir fordern daher als erstes von der Politik: einen wettbewerbsfähigen Industriestrompreis!

Marco Gasse, BR-Vorsitzender, HKM Hüttenwerke Krupp Mannesmann Duisburg



Der Stahlstandort Eisenhüttenstadt hat vor über 30 Jahren die Transformation von der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft begonnen. Unser Standort galt als nicht sanierungsfähig. Dann haben wir gekämpft und es gemeinsam geschafft, mit Unterstützung von Landes-, Bundes und EU-Politik eine Zukunftsgeschichte hinzulegen. Wir haben gezeigt, dass die Beschäftigten es möglich machen können, mit ihrem Kampf um eine wirtschaftliche Produktion, einen Standort zum Erfolg zu bringen! Jetzt geht es um die Transformation fast aller Stahlstandorte in Deutschland und Europa. Deshalb muss man sagen: es ist und bleibt die Aufgabe der Politik, die Industrie zu unterstützen, um erfolgreich und zukunftsfähig zu sein. Jetzt rennt uns die Zeit weg, weil Investitionen trotz Förderbescheide nicht umgesetzt werden können. Warum, weil ein Unternehmen bei den hohen Energiepreisen kaum noch kalkulieren kann. Industriestrompreis JETZT!

Dirk Vogeler, BR-Vorsitzender, ArcelorMittal Eisenhüttenstadt



Bei uns, in der Salzgitter- Flachstahl, ist die Umsetzung der ersten Ausbaustufe unseres Projektes SALCOS im vollen Gange. Die Baufelder sind erschlossen und die Fundamente stehe. Es entsteht die „grüne Linie“ auf dem Werksgelände, während die „graue Linie“ noch produziert, Dies bringt eine Menge Herausforderungen mit sich, welche die Belegschaft bereit ist zu meistern. Es herrscht aber auch große Verunsicherung, da bisher nur die erste von drei Stufen des Projektes finanziert sind. Die Politik hat zugesagt, die Menschen in der Transformation nicht allein zulassen. Dies fordern wir jetzt ein. Ich fordere alle demokratischen Parteien auf im Sinne der Rettung der Industriearbeitsplätze zusammen zu arbeiten. Es muss eine Reform der Schuldenbremse stattfinden, wir brauchen Möglichkeiten für neue Förderungen und bezahlbare Energiekosten. Wer die Menschen in dieser Phase der Transformation allein lässt, muss sich nicht wundern, wenn sie das Vertrauen in die etablierten Parteien verlieren...

Niels Knierim, VK-Leiter, Salzgitter Flachstahl GmbH



Frage: Wer hat es dem Finanzminister eigentlich erlaubt, die deutsche Wirtschaft und den Industriestandort so zu beschädigen? Die Schuldenbremse muss fallen! Passiert das nicht, zahlen die Zeche wieder die Beschäftigten und ihre Familien. Insbesondere in der Stahlindustrie. Ganze Regionen werden betroffen sein.

Michael Fischer, BR-Vorsitzender, Dillinger Hütte



Es ist ein beeindruckendes Bild, euch hier auf diesem Platz in Aktion zu sehen. Das sind genau die Bilder, die wir für die nächsten Wochen und Monate brauchen, um unseren Kampf für die Zukunft der Stahlindustrie Nachdruck zu verleihen. Das Zeitfenster schließt sich. Es ist klar: Wir brauchen jetzt wichtige, klare Signale aus Berlin und Brüssel. Also ganz konkrete Maßnahmen, um Arbeitsplätze zukunftssicher zu machen. Mit Blick auf Berlin: Wir brauchen vor allem einen Industriestrompreis, der den Unternehmen die nächsten Jahre Planungssicherheit gibt, die sie für wichtige Investitionen dringend brauchen. Mit Blick auf Brüssel: Wir brauchen einen europäischen Stahlpakt, einen europäischen Stahl-Aktionsplan, der sowohl die Unternehmen, wie die Gewerkschaften und die Mitbestimmung an einen Tisch bringt, um einen konkreten Zeitplan zu verabreden.

Dennis Radtke, MdEP, Bundesvorsitzender der CDA, CDU



Industrie Standort bleiben, klimaneutral werden: Diese Transformation ist kein Spaziergang, sondern ein Marathon. Und wenn wir nicht wollen, dass uns bei Kilometer 1,5 die Puste ausgeht, brauchen wir das, was uns immer schon stark gemacht hat: Solidarität und Klarheit. Wir haben nicht nur ein Herz, sondern auch Nerven aus Stahl. Meine und unsere Zusage steht: gemeinsam kriegen wir das hin!

Felix Banaszak, MdB, Bündis90/Die Grünen

Weitere Informationen findet ihr hier:

www.igmetall.de/Stahl-ist-Zukunft

www.igmetall.de/industriepolitik

